

**Vertrag über die Einsammlung und Beförderung kommunaler Abfälle in
Kommunen des Main-Kinzig-Kreises**

- Los 2 (West) –

Stadt Nidderau und Gemeinde Hasselroth

zwischen

dem Main-Kinzig-Kreis, Eigenbetrieb Abfallwirtschaft, Deponiestraße 6, 63571
Gelnhausen,

- nachfolgend „**EBA**“ genannt -

und

[BIETER]

- nachfolgend „**Entsorger**“ genannt -

Hinweis für Bieter:

Der Vertragsentwurf enthält keine vertraglichen Mindestbedingungen. Der Auftraggeber behält sich jedoch vor, an seinen im Entwurf des Vertrages zum Ausdruck kommenden Vorstellungen festzuhalten. Das Angebot ist auf Grundlage dieses Vertragsentwurfes zu erstellen, soweit sich aus den Vergabeunterlagen nichts anderes ergibt. Hält der Bieter einzelne vertragliche Bestimmungen aus rechtlichen, wirtschaftlichen oder tatsächlichen Gründen für nicht realisierbar, so wird um einen entsprechenden Hinweis rechtzeitig vor Angebotsabgabe gebeten. Der Auftraggeber wird diese Hinweise prüfen und ggf. vor Angebotsabgabe eine Anpassung der vertraglichen Bestimmungen vornehmen. Eine Unterzeichnung des Entwurfs durch den Bieter ist zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe noch nicht erforderlich. Mit seinem Angebot erkennt der Bieter den Vertragsentwurf jedoch in der von ihm eingereichten Fassung an. Die Vertragsurkunde wird nach Zuschlagserteilung (Vertragsschluss) vom Auftraggeber im Original ausgefertigt und dem erfolgreichen Bieter zur Unterschrift übersandt, soweit sich aus anderen Gründen nicht eine Pflicht zur notariellen Beurkundung des gesamten Vertragswerkes ergibt.

§ 1 VORBEMERKUNG

Nach § 1 Abs. 2 HAKrWG obliegt es den kreisangehörigen Städten und Gemeinden, die auf ihrem Gebiet anfallenden und überlassenen Abfälle einzusammeln und die so eingesammelten Abfälle auch zu transportieren. Im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) haben im Jahr 2022 5 von 29 kreisangehörigen Kommunen des MKK den EBA – aufgrund einer mit den Kommunen geschlossenen Kooperationsvereinbarung i.S.d. § 24 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. § 25 Abs. 2 HessKGG i.V.m. § 4 HAKrWG beauftragt, die Einsammlung und den Transport der angefallenen und überlassenen kommunalen Abfälle im eigenen Namen für das Gebiet der derzeit beteiligten Kooperationspartner der IKZ durchzuführen. Im Jahr 2024 sind der IKZ weitere 3 Kommunen beigetreten. Der IKZ schließen sich nun die folgenden 8 weiteren Kommunen des MKK als Kooperationspartner an:

Stadt Nidderau

Stadt Bad Soden-Salmünster

Stadt Steinau an der Straße

Stadt Schlüchtern

Gemeinde Brachtal

Gemeinde Hasselroth

Gemeinde Jossgrund

Gemeinde Sinntal

- nachfolgend gemeinsam „**die Kommunen**“ genannt.

Eine Übertragung von Aufgaben oder eine Änderung der abfallrechtlichen Zuständigkeiten findet durch die Beauftragung des EBA nicht statt.

Zur Erfüllung der beauftragten Leistungen hat der EBA die Leistungen der kommunalen Abfalleinsammlung und Beförderung losweise für folgende Losgebiete ausgeschrieben:

Los 1: Städte Bad Soden-Salmünster, Steinau an der Straße, Schlüchtern und Gemeinden Brachtal, Jossgrund und Sinntal

Los 2: Gemeinde Hasselroth und Stadt Nidderau

Der EBA sucht einen Vertragspartner, der zum 01.01.2027 das fachgerechte Einsammeln der auf dem Gebiet des Loses 2 angefallenen und überlassenen kommunalen Abfälle und deren Beförderung übernimmt.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist der MKK als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger berechtigt, sich zur Erfüllung seiner Verpflichtungen Dritter zu bedienen, die über die erforderliche Zuverlässigkeit verfügen müssen (§ 22 KrWG). Von dieser

Möglichkeit macht der EBA durch Abschluss des nachfolgenden Vertrages in dem geregelten Umfang Gebrauch.

Da der EBA durch eine solche Beauftragung Dritter von den ihn treffenden öffentlich-rechtlichen Entsorgungspflichten nicht befreit wird (vgl. § 22 Satz 2 KrWG), sind an den Entsorger erhebliche und besondere Anforderungen zu stellen und auch entsprechende Überwachungsvorbehalte zu Gunsten des EBA unerlässlich.

Den Parteien ist bewusst, dass Leistungen nach diesem Vertrag der Erfüllung von Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge und der Umsetzung abfallwirtschaftlicher und umweltpolitischer Vorgaben dienen. Sie werden diesen Leitgedanken nach Maßgabe des § 1 KrWG bei der Vertragsdurchführung und -auslegung stets berücksichtigen.

Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Parteien, was folgt:

§ 2 VERTRAGSGEGENSTAND

- 2.1 Der EBA beauftragt und der Entsorger übernimmt für das Gebiet des Loses 2 ab dem 01.01.2027 die Einsammlung im Holsystem und Beförderung aller in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) aufgeführten Abfälle sowie alle sonstigen Leistungen nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**).
- 2.2 Das Einsammeln und Befördern der Abfälle erfolgt mit eigenen Fahrzeugen und eigenem Personal des Entsorgers unter Berücksichtigung der nachfolgenden Regelungen dieses Vertrages.
- 2.3 Dem Entsorger ist bekannt, dass Verwertungsleistungen für die vertragsgegenständlichen Abfälle nicht zum Leistungsumfang gehören, soweit nicht in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) für einzelne Abfallfraktionen ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist. Ebenso sind Leistungen des Behälteränderungsdienstes nicht Gegenstand dieses Vertrages, sondern unterliegen einer gesonderten Ausschreibung.

§ 3 VERTRAGSGRUNDLAGEN

Für die Durchführung dieses Vertrages gelten in nachstehender Reihenfolge, die zugleich Rangfolge ist:

- 3.1. Die Bestimmungen dieses Vertrages nebst Anlagen, soweit nachstehend nicht gesondert erwähnt.
- 3.2. Etwaige Protokolle von Aufklärungsgesprächen, wobei das zeitlich jüngere Protokoll bei Widersprüchen dem zeitlich älteren vorgeht.

- 3.3. Die Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) (einschließlich Anhängen und Preisblättern).
- 3.4. Zusätzliche allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführungen von Leistungen (**Anlage 2**).
- 3.5. Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführungen von Leistungen, VOL/B, in der Fassung vom 23.09.2003.
- 3.6. Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, insbesondere Werkvertragsrecht (§§ 631 ff. BGB).
- 3.7. Das Angebot des Entsorgers vom _____, **Anlage 3**.

§ 4 LEISTUNGSPFLICHTEN DES ENTSORGERS

4.1 Allgemeine Leistungspflichten

- 4.1.1 Der Entsorger ist verpflichtet, im Gebiet des Loses 2 folgende Leistungen zu erbringen:
 - a) Einsammlung (Behälterleerung) von Hausmüll- und hausmüllähnlichem Gewerbeabfall (Restmüll) sowie vom Entsorger auf Anforderung des EBA zu liefernder Restmüllsäcke, soweit die Abfälle der abfallrechtlichen Überlassungspflicht bzw. dem Anschluss- und Benutzungszwang unterliegen und Transport (einschließlich Entladung und Verwiegung) der Abfälle zu der jeweils zugewiesenen Übergabestelle nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und des Abfuhrplans gemäß § 7.2.
 - b) Einsammlung (Behälterleerung) und Transport (einschließlich Entladung und Verwiegung) des Bioabfalls zu der zugewiesenen Übergabestelle nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und des Abfuhrplans gemäß § 7.2.
 - c) Einsammlung (Behälterleerung) und Transport (einschließlich Entladung und Verwiegung) von Altpapier zu der zugewiesenen Übergabestelle nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und des Abfuhrplans gemäß § 7.2 in Erfüllung der Pflichten des EBA gemäß § 20 Abs. 1 KrWG.
 - d) Einsammlung und Transport (einschließlich Entladung und Verwiegung) von Sperrmüll (sperrige Abfälle) und sperrigen Grünabfällen zu der jeweils zugewiesenen Übergabestelle nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und des Abfuhrplans gemäß § 7.2.
 - e) Erstellung, Abstimmung und Bereitstellung der Daten zur Herstellung des digitalen Abfuhrplanes / Abfallkalenders und (auf Abruf) den Druck und die

Verteilung der jährlichen Abfallkalender sowie weitere Dienstleistungen in Zusammenhang mit dem Abfuhrplan / Abfallkalender nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**).

- f) Erbringung von Dienstleistungen der Behälteridentifikation sowie das Datenmanagement im Zuge des Betriebs des Behälteridentifikationssystems nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**).

Der Entsorger verpflichtet sich, alle für die Leistungserbringung benötigten Genehmigungen und Nachweise in eigener Verantwortung vor Leistungsbeginn zu beschaffen.

- 4.1.2 Die eingesammelten Abfälle sind – ohne Verschmutzung von Straßen und Gehwegen - derzeit zu den in der **Tabelle 2** gemäß Ziffer 2.2.2 der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) genannten Übergabestellen zu transportieren und dort nach den für diese Anlagen bzw. Einrichtungen geltenden Annahmeregeln abzuliefern bzw. abzuladen und zu verwiegen.

Auf Weisung des EBA hat der Entsorger die Abfälle gegebenenfalls zu anderen Übergabestellen zu befördern. Für die Ermittlung der Vergütung ist die Transportentfernung zwischen dem Ortspunkt der Kommune und der jeweils zugewiesenen Entsorgungsanlage gemäß Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) maßgebend.

- 4.1.3 Dem Entsorger ist bekannt, dass sich im Gebiet des Loses 2 an einigen Abfuhrstellen Erschwernisse für herkömmliche 3-Achs-Sammelfahrzeuge ergeben können. Einzelheiten sind in dem **Anhang A2** zur Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) dargestellt. Für die Kosten wird auf § 9.2 verwiesen.

- 4.1.4 Zu beachten sind ferner alle nationalen und europaweit geltenden Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, Satzungen und Verfügungen, die Bezug zum Vertragsgegenstand haben, insbesondere das KrWG nebst Rechtsverordnungen, Verwaltungsvorschriften, technische Anleitungen bzw. technische Regelwerke, das einschlägige Straßenverkehrsrecht, das einschlägige Transportrecht, das Hessische Ausführungsgesetz zum KrWG (HAKrWG) sowie die im Gebiet des Loses West geltenden Satzungen in der jeweils geltenden Fassung.

- 4.1.5 Der Entsorger ist gemäß § 4 und § 6 des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG) verpflichtet, für die Dauer der Vertragsausführung seinen damit befassten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die für sie geltenden gesetzlichen, aufgrund eines Gesetzes festgesetzten und unmittelbar geltenden tarifvertraglichen Leistungen und/oder Mindestlöhne zu gewähren. Liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass gegen diese Regelung verstoßen wird, ist auf Anforderung des EBA die Einhaltung dieser Verpflichtung vom Entsorger nachzuweisen.

Der Entsorger verpflichtet sich, etwa von ihm eingesetzten Nachunternehmern und mit Leistungen beauftragten Lieferanten vertraglich aufzugeben, dass sie die für sie geltenden Pflichten nach Absatz 1 in gleicher Weise in eigener Verantwortung erfüllen. Bei Verstößen ist der EBA berechtigt, unbeschadet anderer Rechte ihre Zustimmung zur Weitergabe der Leistungen gegenüber einem vor Angebotsabgabe benannten Nachunternehmer oder gegenüber einem gemäß § 15 nachträglich eingesetzten Nachunternehmer dieses Vertrages zu widerrufen und eine Vertragsstrafe gegenüber dem Entsorger geltend zu machen. § 12.4 dieses Vertrages gilt dafür sinngemäß.

4.2 Einzelleistungen des Entsorgers

Insbesondere gehört auch zum Leistungsumfang des Entsorgers:

- 4.2.1 Der Entsorger verpflichtet sich, die auf den Grundstücken im Gebiet des Loses 2 anfallenden und in den Abfallsammelbehältern oder in sonst zulässigen Behältnissen (etwa Abfallsäcken für Restmüll) bzw. in sonst zulässiger Weise bereitgestellten Abfälle (Rest- und Bioabfälle und Altpapier) nach Maßgabe des Abfuhrplans gemäß § 7.2 regelmäßig abzuholen und zu der jeweils zugewiesenen Übergabestelle zu transportieren (einschließlich Verwiegung und Abkippen). Entleerte Gefäße sind verschlossen am Abholplatz wieder abzustellen.

Der Entsorger ist verpflichtet, Abfallbehälter, die trotz satzungsgemäßer Bereitstellung nicht ordnungsgemäß vom Entsorger geleert werden, nach Mitteilung/Anforderung durch den EBA an den Entsorger möglichst noch am gleichen Tag, spätestens bis 16.00 Uhr des nachfolgenden Werktags (Mo. - Fr.) zu leeren.

Die Beschaffung der Abfallsäcke für den Restmüll erfolgt auf Anforderung des EBA durch den Entsorger und wird den Kommunen jeweils als Jahreslieferung übergeben. Die Verteilung der Säcke an die anschlusspflichtigen Haushalte erfolgt durch die Kommunen auf deren Kosten.

- 4.2.2 Der Entsorger verpflichtet sich ferner, bereitgestellten Sperrmüll (sperrigen Abfälle) sowie sperrige Grünabfälle zu den jährlich vereinbarten Abfuhrterminen am jeweiligen Abholplatz für das angeschlossene Grundstück (in der Regel an der Grundstücksgrenze) gemäß Abfuhrplan gemäß § 7.2 und nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) abzuholen und zu der jeweils zugewiesenen Übergabestelle (einschließlich Verwiegung und Abkippen) zu transportieren. Die Anmeldung des Sperrmülls der Bürger erfolgt an den Entsorger. Das in der jeweiligen Kommune des Loses 2 geltende Anmeldeverfahren ergibt sich aus Ziff. 3.3.1 der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**).
- 4.2.3 Der Entsorger übernimmt die volle Verantwortung für die ordnungsgemäße Sammlung und den ordnungsgemäßen Transport aller Abfallfraktionen.

Die Branchenregel „Abfallsammlung“ der DGUV ist zu beachten, insbesondere im Hinblick auf das Rückwärtsfahren und Rangieren der Sammelfahrzeuge.

- 4.2.4 Der Entsorger übernimmt ferner die Leistungen der Behälteridentifikation im Gebiet des Loses 2. Sämtliche Behälter im Losgebiet sind ab Vertragsbeginn mit RFID-Transpondern und Barcode-Etiketten ausgestattet. Das vom Entsorger bereit zu stellende Behälteridentifikationssystem hat den Vorgaben der Ziff. 3.3.2 der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) zu entsprechen. Zum Leistungsumfang der Behälteridentifikation gehört auch das Datenmanagement des zu nutzenden Behälteridentifikationssystem im Rahmen der vom EBA bzw. der Kommune genutzten IT-Systeme nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**).

Der Entsorger hat darüber hinaus bezogen auf die von ihm eingesetzten Fahrzeuge dafür zu sorgen, dass diese die technischen Voraussetzungen für die Behälteridentifikation nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) erfüllen.

- 4.2.5 Der Entsorger ist zur Durchführung einer umweltfreundlichen, insbesondere geruchs-, lärm- und staubarmen Abfallentsorgung verpflichtet. Vor diesem Hintergrund sind im Rahmen seiner Beförderungsleistungen ausschließlich Fahrzeuge zu benutzen, die mindestens die Abgasgrenzwerte der Abgasnorm EURO VI oder die angebotene höhere Abgasnorm oder eine im Laufe der Vertragslaufzeit gesetzlich geforderte höhere Abgasnorm einhalten. Die Fahrzeuge und das im Übrigen erforderliche technische Gerät sind vom Entsorger unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen Verhältnisse anzuschaffen, bereitzustellen und zu betreiben. Die Fahrzeuge und technischen Gerätschaften sind mindestens entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und den Herstellerangaben zu warten und den vorgeschriebenen technischen Prüfungen zu unterziehen.

Darüber hinaus sind die weiteren technischen Vorgaben der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) einzuhalten.

Im Losgebiet 2 hat der Entsorger ab dem 01.01.2027 den ausschließlichen Einsatz von Fahrzeugen sicher zu stellen, die mit der technischen Ausrüstung für die Behälteridentifikation ausgestattet sind. Dem Entsorger ist bekannt, dass ohne die ordnungsgemäße Durchführung der Behälteridentifikation für die Kommunen die Erhebung der Abfallgebühren nicht möglich ist. Der Entsorger haftet insoweit verschuldensunabhängig für alle Schäden, die den Kommunen aus der Nichterfüllung der Verpflichtungen aus diesem Absatz entstehen.

Für das Losgebiet 2 müssen darüber hinaus die Sammelfahrzeuge für die Abfuhr der Bioabfälle spätestens ab dem 01.07.2027 in der Lage sein, Störstoffe in Bioabfallbehältern nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) zu erkennen (Störstoffdetektion).

Ferner darf bei der Beförderung der eingesammelten Abfälle das jeweils zulässige Gesamtgewicht der Sammel- /Transportfahrzeuge nicht überschritten werden.

- 4.2.6 Der Entsorger hat das zur Vertragserfüllung erforderliche Personal, das die Vorgaben der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) erfüllt, vorzuhalten. Die personelle Ausstattung und Qualifikation des Personals muss den Anforderungen der §§ 4, 9, 10 der Entsorgungsfachbetriebsverordnung entsprechen. Das Personal ist regelmäßig entsprechend den Anforderungen des § 11 der Entsorgungsfachbetriebsverordnung zu schulen.

Darüber hinaus ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Vorgaben und Anforderungen an das Personal gemäß des von ihm angebotenen Personalkonzeptes, **Anlage 4**, für die Dauer dieses Vertrages zu erfüllen. Der Entsorger hat dem EBA auf Anforderung jederzeit Auskunft zu Fragen der Einhaltung des Personalkonzeptes, **Anlage 4**, zu erteilen und geforderte Nachweise zur Verfügung zu stellen.

- 4.2.7 Verstöße der Anschluss- und Benutzungspflichtigen gegen die Abfallsatzung sind dem EBA unverzüglich vom Entsorger anzuzeigen. Den Anschluss- und Benutzungspflichtigen hat der Entsorger den Grund der Beanstandung auf geeignete Weise mitzuteilen, in der Regel durch Anbringen eines Vordruckes auf den Abfallsammelbehältern; z.B. bei Nichtleerung von Bioabfallbehältern aufgrund von Fehlwürfen im Rahmen des Einsatzes von Fahrzeugen mit Störstoffdetektoren. Der Entsorger ist nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) verpflichtet die Störstoffdetektion bei jeder Bioabfallbehälterleerung vorzunehmen.
- 4.2.8 Der Entsorger unterstützt den EBA nach Kräften bei der Sammlung und Ermittlung von Daten für die Gebührenbemessung und Kostenstrukturanalyse.

§ 5 MITWIRKUNG DES EBA

Der EBA ist wird darauf hinwirken, dass die Kommunen des Loses 2 als Kooperationspartner des MKK die Bestimmungen der in ihrem Gemeindegebiet geltenden Abfallsatzungen in der jeweils geltenden Fassung gegenüber den Anschlusspflichtigen durchsetzen, damit der Entsorger seine Vertragspflichten ordnungsgemäß erfüllen kann.

§ 6 WEISUNGS-, KONTROLL- UND INFORMATIONSRECHTE DES EBA

- 6.1 Der Entsorger ist verpflichtet, auf Anforderung des EBA diesem unverzüglich jederzeit sämtliche Informationen im Zusammenhang mit der Vertragsdurchführung zu erteilen, Einsicht in sämtliche die Vertragsdurchführung betreffenden Unterlagen (insbesondere Wiegescheine, Unterlagen über Entsorgungsnachweise, Dokumentationen zum In- und Output der Anlagen, Aufzeichnungen der Mess-

und Kontrolleinrichtungen etc.) zu gewähren und ihm Zutritt zu sämtlichen mit der Vertragsdurchführung in Zusammenhang stehenden Grundstücke, Gebäude, Fahrzeuge oder sonstige technische Einrichtungen zu gestatten. Diese Verpflichtung bezieht sich auch auf elektronisch gespeicherte Daten.

- 6.2 Der EBA ist berechtigt, die dem Entsorger übertragenen Leistungen durch seine Beauftragten zu überwachen. Der Entsorger bzw. dessen Bedienstete sind verpflichtet, mündlichen und schriftlichen Weisungen des EBA Folge zu leisten.
- 6.3 Der Entsorger ist verpflichtet, den EBA unverzüglich und unaufgefordert schriftlich darüber zu unterrichten, wenn gegen ihn bzw. seine Mitarbeiter und/oder etwaige Subunternehmer bzw. deren Mitarbeiter behördliche Verfügungen, Bußgeldbescheide, Strafbefehle oder Urteile ergehen, die im Zusammenhang mit den von dem Entsorger zu erbringenden vertraglichen Leistungen stehen und/oder seine Tätigkeit und/oder die seiner Subunternehmer bzw. Mitarbeiter im Bereich der Abfallentsorgung betreffen. Entsprechendes gilt für behördliche und/oder staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren.
- 6.4 Der Entsorger hat durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass sein Personal keine Zuwendungen Dritter im Zusammenhang mit den zu erbringenden Leistungen entgegennimmt.
- 6.5 Der Entsorger ist verpflichtet, seine Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb gemäß § 56 KrWG i. V. m. § 2 der Entsorgungsfachbetriebsverordnung oder eine vergleichbare Qualifikation bzw. einen vergleichbaren Qualitätsstandard für die Geltungsdauer dieses Vertrages dauerhaft und lückenlos aufrecht zu erhalten. Sollte der Entsorger die Berechtigung verlieren, die Bezeichnung „Entsorgungsfachbetrieb“ oder eine vergleichbare Zertifizierung zu führen oder unterschreitet die Qualität diesen Standard, so hat er den EBA hiervon unverzüglich zu unterrichten.
- 6.6 Der Entsorger hat sicherzustellen, dass er bzw. seine Mitarbeiter jederzeit im Besitz der unter Umständen erforderlichen behördlichen Genehmigungen ist/sind. Etwa hierdurch entstehende Kosten hat der Entsorger zu tragen.
- 6.7 Der Entsorger darf Daten, insbesondere personengebundene Daten, und Informationen, die er aufgrund dieses Vertrages erlangt, nicht an Dritte weitergeben. Er darf die Daten und Informationen nur zur Erfüllung der ihm nach diesem Vertrag obliegenden Pflichten nutzen.

§ 7 ABFUHRZEITEN / ABFUHRPLAN

- 7.1 Die Einsammlung und Abfuhr der vertragsgegenständlichen Abfallfraktionen erfolgt nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und des Abfuhrplans nach § 7.2.

- 7.2 Die digitalen Daten zur Erstellung der jährlichen Abfallkalender/Abfuhrpläne sind von dem Entsorger zu erstellen und dem EBA jeweils bis zum 01.10. des laufenden Jahres für das Folgejahr zur Abstimmung nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) vorzulegen. Zusätzlich hat der Entsorger (auf Abruf) den Entwurf eines Abfallkalenders bis spätestens 15.11. eines jeden Jahres für das Folgejahr dem EBA zur Abstimmung zur Verfügung zu stellen und die gedruckten und vervielfältigten Kalender spätestens bis zum 05.12. eines jeden Jahres nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) zu verteilen.
- 7.3 Fällt die Abfuhr nach dem Abfuhrplan auf einen gesetzlichen Feiertag, so verschieben sich der Abfuhrtag sowie alle anderen Abfuhrtage in dieser Woche um jeweils einen Werktag. Davon abweichende Sonderregelungen kann der EBA festlegen. Für diesen Fall ist der EBA gehalten, den Entsorger darüber rechtzeitig vorher schriftlich zu informieren.
- 7.4 Der Entsorger hat sicherzustellen, dass ein sachkundiger Mitarbeiter werktags von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 16.30 Uhr durchgehend telefonisch zum Ortstarif oder per Mail für die Mitarbeiter des EBA erreichbar ist.
- Darüber hinaus hat der Entsorger sicher zu stellen, dass den Mitarbeitern des EBA Mitarbeiter des Entsorgers werktags telefonisch und per Mail zwischen 8.00 und 16.00 Uhr zur Verfügung stehen, die gegenüber den jeweiligen Fahrzeugbesatzungen weisungsbefugt sind. Vor 16.00 Uhr eingehenden Anfragen sind dabei noch am selben Tag zu beantworten.
- Für alle Fragen betreffend die ordnungsgemäße Leistungserbringung nach diesem Vertrag hat dem EBA ferner werktags von 8.00 bis 16.30 Uhr ein sachkundiger vertretungs- und entscheidungsberechtigter Mitarbeiter des Entsorgers als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen.
- 7.5 Der Einsatz der Mülleinsammelfahrzeuge unterliegt den Regelungen der 32. BImSchV, insbesondere im Hinblick auf die zulässigen Betriebszeiten gemäß § 7 (Betrieb in Wohngebieten). Sie darf nicht vor 6.00 Uhr beginnen und nicht nach 18.00 Uhr enden.

§ 8 ABFALLSAMMELBEHÄLTER

- 8.1 Art, Größe und Anzahl der Abfallsammelbehälter (Haus-/Restmüll, Bioabfall und Altpapier) bestimmt sich nach der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) in Verbindung mit den im Gebiet des Loses 2 jeweils geltenden Satzungen der Kommunen in ihrer jeweils geltenden Fassung.
- 8.2 Änderungen der Art, Größe und Anzahl der einzusetzenden Abfallsammelbehälter oder der sonst zulässigen Behältnisse (Restmüllsäcke) kann der EBA auf Grundlage der jeweils im Gebiet des Loses 2 geltenden Satzungen in der jeweils gültigen

Fassung gegenüber dem Entsorger festlegen. Der EBA hat den Entsorger darüber so rechtzeitig zu informieren, dass die Abfuhr ordnungsgemäß erfolgen kann.

- 8.3 Der Entsorger hat den EBA über nicht angeschlossene Grundstücke und nicht registrierte Tonnen zu informieren. Der Entsorger hat dem EBA ferner diejenigen Grundstücke unverzüglich schriftlich zu benennen, deren Behältervolumen offensichtlich zu gering bemessen ist.

§ 9 VERGÜTUNG

9.1 Vergütung der Leistungen im Einzelnen

- 9.1.1 Für das Einsammeln von Haus-/Restmüll, Bioabfall und Altpapier (einschließlich Restmüllsäcke) zahlt der EBA dem Entsorger eine jährliche Vergütung mit monatlicher Abrechnung nach ausgeführten Mengen nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und den vom Entsorger dafür auf den auszufüllenden Preisblättern angebotenen Preisen.
- 9.1.2 Für das Einsammeln von Sperrmüll und sperrigen Grünabfällen erhält der Entsorger eine jährliche Vergütung mit monatlicher Abrechnung nach ausgeführten Mengen nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und den vom Entsorger dafür auf den auszufüllenden Preisblättern angebotenen Preisen.
- 9.1.3 Für den Transport der eingesammelten Abfälle von der Kommune bis zur jeweils zugewiesenen Übergabestelle erhält der Entsorger eine jährliche Vergütung mit monatlicher Abrechnung nach ausgeführten Mengen auf der Grundlage der dafür auf den auszufüllenden Preisblättern angebotenen Preise (EUR/Tonnenkilometer) nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**).
- 9.1.4 Für die jährliche Bereitstellung der Daten für den digitalen und die Erstellung und (auf Abruf) Verteilung der gedruckten Abfallkalender sowie die Erbringung weiterer Dienstleistungen nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) erhält der Entsorger eine jährliche pauschale Festvergütung entsprechend den vom Entsorger dafür auf den auszufüllenden Preisblättern angebotenen Preisen.

9.2 Allgemeines

- 9.2.1 Ein erhöhter Aufwand bei der Abfalleinsammlung insbesondere für Straßen mit eingeschränkter Befahrbarkeit wird nicht gesondert vergütet.
- 9.2.2 Die nach § 9.1 vom EBA zu zahlende Vergütung umfasst sämtliche Kosten des Entsorgers einschließlich aller damit verbundenen Nebenleistungen.
- 9.2.3 Soweit in diesem Vertrag nachstehend nicht ausdrücklich anders geregelt, ist die Vergütung gemäß § 9.1 unabänderlich.

- 9.2.4 Der Vergütung gemäß § 9.1 ist die gesetzliche Mehrwertsteuer in der jeweils geltenden Höhe hinzuzurechnen.

§ 10 ABRECHNUNG

- 10.1 Der Entsorger rechnet die für die Leistungen gemäß §§ 9.1.1 bis 9.1.3 dieses Vertrages nach ausgeführten Mengen angefallene Vergütung monatlich nachträglich bis zum 15. des Folgemonats mit nachvollziehbarer Leistungsaufstellung gegenüber dem EBA ab (monatliche Spitzabrechnung). Die monatlich ausgeführten Mengen sind nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) nachzuweisen.
- 10.2 Die Vergütung ist jeweils 30 Tage nach Eingang der prüffähigen Rechnung und der vollständigen Nachweise zur Zahlung fällig. Die Zahlung erfolgt bargeldlos.
- 10.3 Die vom EBA zu leistende jährliche pauschale Festvergütung nach § 9.1.4. dieses Vertrages sind ebenfalls innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt einer prüffähigen Rechnung zur Zahlung an den Entsorger fällig. Die Zahlung erfolgt bargeldlos.

§ 11 ANPASSUNG DER VERGÜTUNG

- 11.1 Die vereinbarte Vergütung gemäß §§ 9.1.1 bis 9.1.3 dieses Vertrages gilt ab Vertragsschluss zunächst für den Zeitraum von zwei Kalenderjahren, danach jeweils für den Zeitraum eines Kalenderjahres. Eine Preisanpassung kann von beiden Vertragsparteien verlangt werden, jedoch nur bezogen auf 90 % der Gesamtvergütung (Fixkostenanteil von 10%) und erstmalig nicht vor dem 01.01.2029 und im Übrigen nur dann, wenn die Abweichung bei einer der Bezugsgrößen gemäß nachfolgend 11.2 mindestens 5 % gegenüber dem Stand bei Vertragsbeginn oder einer danach erfolgten Anpassung beträgt.
- 11.2 Eine Neufestsetzung des Entgeltes nach § 11.1 bezogen auf die Sammel- und Transportleistung bemisst sich auf der Grundlage einer prognostizierten Kostenstruktur, die
- Lohn- und Lohnnebenkosten zu 55 %,
Treibstoffkosten zu 20 %,
Fahrzeugkosten zu 15 %,
Fixer Anteil 10 %,
gem. der nachfolgenden Formel berücksichtigt:

Formel:

$$P = P_0 \times [(55/100 \times L/L_0) + (20/100 \times D/D_0) + (15/100 \times F/F_0)] + (10/100)$$

P = Entgelt zum Anpassungszeitpunkt (1. Januar des jeweiligen Jahres)

P₀ = Vereinbartes Entgelt (Angebotspreis)

L = Arbeitskosten gemäß den Angaben des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden, Arbeitskostenindex (Code 62421), Arbeitskostenindizes: Deutschland, Quartale, Wirtschaftsbereiche, Original- und bereinigte Daten; WZ08-E Wasserversorg., Entsorg., Beseitig. v. Umweltverschmutz., Index der Arbeitskosten je geleistete Stunde bezogen auf den Mittelwert der vier Quartalswerte (Originalwerte) des vergangenen Jahres.

L₀ = Arbeitskosten gemäß den Angaben des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden, Arbeitskostenindex (Code 62421), Arbeitskostenindizes: Deutschland, Quartale, Wirtschaftsbereiche, Original- und bereinigte Daten; WZ08-E Wasserversorg., Entsorg., Beseitig. v. Umweltverschmutz., Index der Arbeitskosten je geleistete Stunde bezogen auf den Mittelwert der vier Quartalswerte (Originalwerte) für das Jahr 2025.

D = Dieselposten bezogen auf „Dieselkraftstoff“ gemäß den Angaben des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, in der Datenbank GENESIS-Online, Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte: Deutschland, Jahre, Güterverzeichnis (GP2019 2-/3-/4-/5-/6-/9-Steller/Sonderpositionen), GP19-1920260052 (Dieselkraftstoff, Abgabe Großverbraucher), bezogen auf den Mittelwert der 12 Monats-Indexwerte des vergangenen Jahres.

D₀ = Dieselposten bezogen auf „Dieselkraftstoff“ gemäß den Angaben des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, in der Datenbank GENESIS-Online, Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte: Deutschland, Jahre, Güterverzeichnis (GP2019 2-/3-/4-/5-/6-/9-Steller/Sonderpositionen), GP19-1920260052 (Dieselkraftstoff, Abgabe Großverbraucher) bezogen auf den Mittelwert des Jahres 2025.

F = Fahrzeugkosten bezogen auf „Lkw mit Kolbenverbrennungsmotor, mit Selbstzündung“ gemäß den Angaben des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, in der Datenbank GENESIS-Online, Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte: Deutschland, Jahre, Güterverzeichnis (GP2019 2-/3-/4-/5-/6-/9-Steller/Sonderpositionen), GP19-291041 (Lkw mit Kolbenverbrennungsmotor, mit Selbstzündung), bezogen auf den Mittelwert der 12 Monats-Indexwerte des vergangenen Jahres.

F₀ = Fahrzeugkosten bezogen auf „Lkw mit Kolbenverbrennungsmotor, mit Selbstzündung“ gemäß den Angaben des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, in der Datenbank GENESIS-Online, Erzeugerpreisindex

gewerblicher Produkte: Deutschland, Jahre, Güterverzeichnis (GP2019 2-/3-/4-/5-/6-/9-Steller/Sonderpositionen), GP19-291041 (Lkw mit Kolbenverbrennungsmotor, mit Selbstzündung), bezogen auf den Mittelwert der 12 Monats-Indexwerte des Jahres 2025.

- 11.3 Eine Anpassung der Vergütung setzt einen schriftlichen Änderungsantrag einer der Vertragsparteien voraus, der der anderen Vertragspartei bis spätestens zum 30.06. eines jeden Jahres, erstmals zum 30.06.2028, schriftlich zugehen muss. Die Preissteigerungen der jeweiligen Kostengruppen sind geeignet nachzuweisen. Das Verlangen einer Partei auf Anpassung der Vergütung kann von der anderen Partei nur aus wichtigem Grund verweigert werden.

Kommt eine Einigung über die Anpassung der Vergütung nicht rechtzeitig vor Beginn des neuen Kalenderjahres zu Stande, stehen dem Entsorger ein Leistungsverweigerungs- bzw. ein Zurückbehaltungsrecht nicht zu. In diesem Fall gilt der Änderungsantrag als endgültig zurückgewiesen.

§ 12 LEISTUNGSSTÖRUNGEN / VERTRAGSSTRAFE

- 12.1 Bei dem Ausfall von Fahrzeugen oder sonstigen technischen Einrichtungen oder bei sonstigen Betriebsstörungen ist der Entsorger verpflichtet, auf seine Kosten Ersatz am Abfuhrtag zur Verfügung zu stellen. Der Ablauf der Abfallentsorgung darf dadurch nicht gefährdet werden. Im schriftlichen Einvernehmen mit dem EBA kann sich der Entsorger in solchen Fällen zur Erfüllung seiner Pflichten für kurze Zeit geeigneter Dritter bedienen.
- 12.2 Führt der Entsorger aus einem Grund, den er selbst zu vertreten hat, die vertraglichen Leistungen ganz oder teilweise nicht durch, so ist der EBA berechtigt, nach erfolglosem Ablauf einer von ihm gesetzten Nachfrist, nach seiner Wahl die Vertragsleistungen selbst auszuführen oder von Dritten auf Kosten des Entsorgers ausführen zu lassen. Das Recht der Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund bleibt davon unberührt.
- 12.3 Kann die Abfallentsorgung in Straßen, die am Tag der Einsammlung aus vom Entsorger nicht zu vertretenden rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht befahrbar sind, nicht durchgeführt werden, so hat der Entsorger den EBA nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) unverzüglich darüber zu informieren.
- 12.4 Vertragsstrafen
- 12.4.1 Für den Fall, dass der Entsorger seine Leistung nicht innerhalb der in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) festgelegten Erledigungsfristen (Maluskatalog), **Anlage 5**, für die dort aufgeführten Leistungen erbringt, hat der Entsorger dem EBA

die dort jeweils festgelegten Vertragsstrafe, höchstens jedoch 5 % der tatsächlichen Abrechnungssumme, bezogen auf dieses Los, zu zahlen.

- 12.4.2 Für den Fall, dass der Entsorger trotz Mahnung und Fristsetzung des EBA Fahrzeuge dauerhaft oder wiederholt einsetzt, die nicht der Energieeffizienz Euro-Stufe VI entsprechen oder dass sich der Entsorger verpflichtet hat, über die Mindestbedingung in § 4.2.6 dieses Vertrages hinaus umweltfreundlichere/energieeffizientere Fahrzeuge (Hybrid oder Wasserstoff) einzusetzen, zahlt er im Falle eines Verstoßes gegen diese Vertragspflicht eine Vertragsstrafe von EUR 10.000,00. Als Verstoß gegen diese Bestimmung gilt nur ein solcher abweichender Fahrzeugeinsatz, den der Entsorger dem EBA nicht vorab unter Angabe eines berechtigten Grundes angezeigt hat. Der EBA kann vom Entsorger jederzeit einen Nachweis des angegebenen Grundes verlangen.
- 12.4.3 Eine etwaige Vertragsstrafe ist auf Schadensersatzansprüche anzurechnen.

§ 13 HAFTUNG UND FREISTELLUNGSVERPFLICHTUNG DES ENTSORGERS

- 13.1 Der Entsorger ist dem EBA zum Ersatz der dem EBA entstehenden Schäden verpflichtet, die darauf beruhen, dass der Entsorger die von ihm übernommenen Vertragspflichten schuldhaft nicht, nicht vollständig oder nicht ordnungsgemäß erfüllt hat. Das Verschulden seiner Mitarbeiter und der Mitarbeiter eines etwaigen Nachunternehmers muss sich der Entsorger wie eigenes Verschulden zurechnen lassen.
- 13.2 Der Entsorger stellt den EBA von sämtlichen zivil- und/oder öffentlich-rechtlichen Ansprüchen bzw. den Folgen einer Inanspruchnahme Dritter, insbesondere von Behörden, Anwohnern, Eigentümern betroffener Grundstücke etc. frei, die im Zusammenhang mit der Erfüllung der vom Entsorger übernommenen Leistungen erhoben werden.

§ 14 VERSICHERUNGSPFLICHT DES ENTSORGERS

- 14.1 Der Entsorger ist verpflichtet, dem EBA das Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung in Höhe von EUR 5.000.000,00 für Personen- und Sachschäden und EUR 1.000.000,00 für Vermögensschäden je Versicherungsjahr nachzuweisen.
- 14.2 Der Fortbestand des Versicherungsschutzes ist dem EBA jährlich auf Verlangen nachzuweisen.
- 14.3 Der Entsorger verpflichtet sich, den EBA unverzüglich schriftlich darüber zu informieren, wenn der Versicherungsschutz infolge Zahlungsverzugs oder aus

sonstigen Gründen entfällt oder wenn die Versicherung aus sonstigen Gründen aufgehoben wird.

§ 15 NACHUNTERNEHMER

- 15.1 Der Entsorger darf die Ausführung der Leistung insgesamt oder wesentlicher Teile davon nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des EBA an geeignete Nachunternehmer übertragen. Der Entsorger hat bei der Beauftragung von Leistungen (Unterauftrag) nach wettbewerblichen Gesichtspunkten unter Beachtung des § 97 Abs. 4 Satz 4 GWB zu verfahren, dem Unterauftragnehmer (Nachunternehmer) auf Verlangen den Auftraggeber zu benennen und dem Unterauftragnehmer insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen - insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und Sicherheitsleistung - zu stellen, als zwischen ihm und dem EBA vereinbart sind.

Des Weiteren hat er sich bei der Einholung von Angeboten für Unteraufträge zu bemühen, kleine und mittlere Unternehmen angemessen zu beteiligen. Er hat sich zu bemühen, Unteraufträge an kleine und mittlere Unternehmen in dem Umfang zu erteilen, wie der Entsorger es mit der vertragsgemäßen Ausführung der Leistungen vereinbaren kann.

- 15.2 Der Entsorger steht dafür ein, dass etwaige Nachunternehmerleistungen in Abstimmung mit dem EBA nur an Unternehmen vergeben werden, die über eine vergleichbare Zertifizierung bzw. Qualifikation wie der Entsorger verfügen bzw. solche Qualitätsstandards und die Anforderungen an das vereinbarte Personalkonzept, **(Anlage 4)** in deren Unternehmen in vergleichbarer Weise einhalten. Nachunternehmer des Entsorgers sind dessen Erfüllungsgehilfen.

- 15.3 Der EBA ist berechtigt, zur Erfüllung der sich aus diesem Vertrag ergebenden Verpflichtungen Zahlungen unmittelbar an Gläubiger des Entsorgers (Lieferant, Nachunternehmer) mit befreiender Wirkung gegenüber dem Entsorger zu leisten, soweit

1. diese an der Ausführung der vertraglichen Leistung des Entsorgers aufgrund eines mit diesem abgeschlossenen Vertrages beteiligt sind,
2. diese wegen Zahlungsverzugs des Entsorgers die Fortsetzung ihrer Leistung zu Recht verweigern und
3. die Direktzahlung die Fortsetzung der Leistungen sicherstellen soll.

Erklärt sich der Entsorger auf Verlangen des EBA innerhalb einer vom EBA gesetzten Frist nicht darüber, ob und inwieweit er die Forderung seines Gläubigers anerkennt und legt dabei keinen Nachweis der Berechtigung dazu vor, so gelten die

Voraussetzungen für die Direktzahlung als anerkannt. Entsprechendes gilt bei Teilleistungen.

§ 16 ABTRETUNG VON ANSPRÜCHEN DES ENTSORGERS

Die Ansprüche des Entsorgers gegen den EBA aus diesem Vertrag dürfen ohne vorherige schriftliche Zustimmung des EBA nicht abgetreten werden. Dies gilt auch für Abtretungen an Unternehmen, die demselben Konzern wie der Entsorger angehören.

§ 17 AUFRECHNUNGSVERBOT

Mit Blick auf die angestrebte Entsorgungssicherheit darf der Entsorger gegen Forderungen des EBA mit Forderungen des Entsorgers nur aufrechnen, wenn die Forderung des Entsorgers rechtskräftig festgestellt oder diese unbestritten ist.

§ 18 VERTRAGSANPASSUNG

- 18.1 Insbesondere auf Grund geänderter abfallrechtlicher Bestimmungen, neuer rechtlicher Bestimmungen im Bereich der Abfallwirtschaft, neuer technischer Entwicklungen oder neuer Entsorgungskonzepte kann sich die Notwendigkeit der Anpassung dieses Vertrages ergeben. Die Vertragsparteien verpflichten sich wechselseitig, notwendigen und von einer Partei aus diesen Gründen verlangten Vertragsanpassungen zuzustimmen, soweit diese Partei wesentliche wirtschaftliche Auswirkungen nachgewiesen hat und diese Anpassung für die andere Partei zumutbar ist.
- 18.2 Für den Fall einer wesentlichen Erhöhung oder Verringerung der Entsorgungsmenge in Folge von gesetzlichen Änderungen (zum Beispiel Wegfall oder Einführung von Sammelsystemen) kann jede der Parteien eine Anpassung des Vertrages verlangen. Der Entsorger ist in diesem Fall verpflichtet, sich um eine wirtschaftlich tragfähige Lösung zu bemühen.

§ 19 VERTRAGSLAUFZEIT/KÜNDIGUNG

- 19.1.1 Die Vertragslaufzeit beginnt zum 01.01.2027 und beträgt fünf Jahre. Sie endet somit am 31.12.2031.
- 19.1.2 Die Vertragslaufzeit gemäß § 19.1.1 verlängert sich maximal zweimalig um jeweils ein weiteres Jahr, soweit der Vertrag nicht ein Jahr vor Ablauf vom EBA gekündigt wird (Verlängerungsoption). Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen.

- 19.2 Beide Parteien können den Vertrag, soweit in ihm nichts anderes geregelt ist, nur aus wichtigem Grunde kündigen. Die Kündigung bedarf der Schriftform.
- 19.3 Ein wichtiger Grund zur Kündigung des Vertrages durch den Entsorger liegt insbesondere dann vor, wenn:
- Der EBA seiner Verpflichtung aus § 5 des Vertrages nachhaltig und wiederholt trotz Abmahnung nicht erfüllt,
 - Der EBA seine vertraglichen Vergütungspflichten trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung unter Fristsetzung nicht erfüllt.
- 19.4 Ein wichtiger Grund zur Kündigung des Vertrages durch den EBA liegt insbesondere dann vor, wenn:
- 19.4.1 Das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren über das Vermögen des Entsorgers eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist,
- 19.4.2 der Entsorger seinen Vertragsverpflichtungen, insbesondere der Verpflichtung zur Einhaltung des angebotenen Personalkonzeptes, **Anlage 4**, und in den im Maluskatalog, **Anlage 5**, aufgeführten Fällen von Vertragspflichtverletzungen, trotz zweimaliger schriftlicher Abmahnung durch den EBA, bezogen auf ein und dasselbe Ereignis, nicht nachkommt, wobei zwischen den Abmahnungen ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen muss,
- 19.4.3 der Entsorger einer begründeten und angemessenen Entgeltanpassungsaufforderung des EBA nicht zustimmt,
- 19.4.4 der Entsorger einem begründeten und angemessenen Vertragsanpassungsverlangen des EBA gemäß § 18 nicht zustimmt,
- 19.4.5 der Entsorger nicht oder nicht mehr in vollem Umfang die Voraussetzungen der Ziffer 6.5 dieses Vertrages erfüllt,
- 19.4.6 der Entsorger bzw. seine Mitarbeiter und/oder Mitarbeiter vom Entsorger eingeschalteten Subunternehmern Adressaten von bestands- bzw. rechtskräftigen Ordnungsverfügungen, Bußgeldbescheiden, Strafbefehlen und/oder Urteilen im Zusammenhang mit umweltrechtlichen Bestimmungen sind,
- 19.4.7 der Entsorger trotz Aufforderung durch den EBA das Bestehen des vertraglich vereinbarten Versicherungsschutzes nicht unverzüglich nachweist oder der Versicherungsschutz erloschen ist,

- 19.4.8 der Entsorger ohne vorherige Zustimmung des EBA Subunternehmer und/oder unzulässigerweise Leiharbeitnehmer einsetzt/beschäftigt bzw. eingesetzt oder beschäftigt hat,
- 19.4.9 der Entsorger nach Zustimmung des EBA Subunternehmer einsetzt, die nicht oder nicht mehr als Entsorgungsfachbetrieb zertifiziert sind oder über eine vergleichbare Qualifikation verfügen.

§ 20 SONSTIGES

20.1 Sicherheitsleistung

Als Sicherheit für die Vertragserfüllung nach Nr. 19.1 ZVB hat der Entsorger eine Bürgschaft nach dem Formblatt Vertragserfüllungsbürgschaft 421 in Höhe von 5 % der Brutto-Auftragssumme bezogen auf das erste Vertragsjahr, maximal jedoch EUR _____ [•] zu stellen.

20.2 Bedingungen des Entsorgers

Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen des Entsorgers sind nicht Vertragsbestandteil.

20.3 Schriftform

Änderungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Soweit in diesem Vertrag Schriftform vorgeschrieben ist, ist dieses Schriftformerfordernis nur schriftlich abdingbar.

20.4 Teilunwirksamkeit

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages oder eine später in ihm aufgenommene Bestimmung ganz oder teilweise nichtig sein oder werden oder sollte sich eine Lücke in diesem Vertrag herausstellen, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der nichtigen Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücke gilt mit Rückwirkung diejenige wirksame und durchführbare Regelung als vereinbart, die rechtlich und wirtschaftlich dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrages gewollt hätten, wenn sie diesen Punkt bei Abschluss des Vertrags bedacht hätten. Beruht die Nichtigkeit einer Bestimmung auf einem darin festgelegten Maß der Leistung oder der Zeit (Frist oder Termin), so gilt die Bestimmung mit einem dem ursprünglichen Maß am nächsten kommenden rechtlich zulässigen Maß als vereinbart. Den Parteien ist das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 24.09.2002 (KZR 10/01) bekannt. Es ist dennoch der ausdrückliche Wille der Parteien, dass dieser § 20.4 keine bloße Beweislastumkehr zur Folge hat, sondern § 139 BGB insgesamt abbedungen ist.

20.5 Gerichtsstand

Gerichtsstand ist Hanau.

Gelnhausen, den _____

- Betriebsleitung EBA -

- Bieter -

Anlagen:

Anlage 1: Leistungsbeschreibung

Anlage 2: Zusätzliche Allgemeine Vertragsbedingungen

Anlage 3: Angebot

Anlage 4: Personalkonzept

Anlage 5: Maluskatalog